

2. Neudruck

Antrag

des Abgeordneten Christoph Schulze (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe),
der Abgeordneten Iris Schülzke (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe) und
des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe)

Ja zum Volksbegehren zum Nachtflugverbot am BER

Beschluss des Landtages Brandenburg vom 27.02.2013 zum Volksbegehren für eine Änderung des Landesentwicklungsprogramms und Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbots am Flughafen Berlin Brandenburg International (BER) erneuern und bekräftigen.

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 71. Sitzung der 5. Wahlperiode am 27.02.2013 zu TOP 6 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag nimmt das Volksbegehren für eine Änderung des § 19, Absatz 11 des Landesentwicklungsprogramms zur Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbots am Flughafen Berlin-Brandenburg an.“

Der entsprechende Beschluss wurde unter Drucksache Nr. 5/6894-B veröffentlicht. Weiterhin hat der Landtag Brandenburg zu genau diesem Beschluss einen Entschließungsantrag angenommen - Drucksache 5/6916-B, eingebracht von SPD und Linkspartei, in dem niedergelegt ist, dass der Landtag mit Respekt das Volksbegehren zur Kenntnis nimmt. In dem entsprechenden Entschließungsantrag hat der Landtag sein Erwarten formuliert, dass die Landesregierung entsprechende Verhandlungen mit dem Land Berlin aufnimmt und dass es nicht bei der bloßen Annahme des Volksbegehrens bleiben kann, sondern dass es einen tatsächlichen, materiellen Erfolg geben muss, und zwar im Sinne von weiteren Verbesserungen für die Nachtruhe der Anwohnerinnen und Anwohner. Weiterhin hat der Landtag in dieser Entschließung beschlossen, dass erneute und weitergehende Initiativen unternommen werden müssen, um die Lärmbelästigung für das unmittelbare Umfeld weiter zu reduzieren. Der Landtag hat sich in der Entschließung dafür ausgesprochen, dass jetzt solche Maßnahmen angegangen werden.

Aufgrund der Tatsache, dass diese Beschlüsse in der 5. Wahlperiode verfasst worden sind, und Landtagsbeschlüsse der sogenannten Diskontinuität unterfallen, ein Volksentscheid, wenn er denn zustande gekommen wäre, nicht der Diskontinuität unterfallen wäre, sondern eine unmittelbare Rechtskraft entfaltet hätte, ist der Landtag Brandenburg, 6. Wahlperiode, gehalten, sich zum Volksbegehren und zu den entsprechenden Versprechungen und Zusagen zu positionieren.

Aus diesem Grunde möge der Landtag beschließen:

1. Der Landtag Brandenburg beschließt, dass das erfolgreiche Volksbegehren mit dem Beschluss zur Annahme des Volksbegehrens vom 27.02.2013 nach wie vor Maxime des Handelns für den Landtag Brandenburg ist.
2. Der Landtag Brandenburg fordert die Landesregierung auf, die entsprechenden Versprechungen und Zusagen im Hinblick auf die Realisierung von mehr Nachtruhe und Schallschutz umzusetzen.
3. Der Landtag Brandenburg fordert die Landesregierung auf, in einem Bericht niederzulegen, welche Schritte und Ergebnisse seit der Annahme des Landtagsbeschlusses vom 27.02.2013 erreicht wurden und welche neuen Schritte und Ergebnisse in der 6. Wahlperiode nach dem 14.09.2014 eingeleitet und erreicht wurden.

Begründung:

Das Volksbegehren für eine Änderung des Landesentwicklungsprogramms zur Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbotes war das erste Volksbegehren, das erfolgreich im Land Brandenburg abgeschlossen worden ist. Der Landtag Brandenburg hat beschlossen, sich dieses Volksbegehren zu eigen zu machen. Die Bürgerinnen und Bürger beobachten aufmerksam, wie der Landtag Brandenburg und die Landesregierung mit dem Beschluss zum Volksbegehren umgeht. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass sich der Landtag Brandenburg, 6. Wahlperiode, zu diesem epochalen Ereignis des Volksbegehrens äußert und positioniert.

Da es auch in den Reihen der Mitglieder des Landtages von SPD und Linkspartei und auch in der Landesregierung eine hohe Kontinuität zwischen der 5. und 6. Wahlperiode gibt, gibt es auch keine Ausreden und Ausflüchte, dass dies alles Versprechungen des Landtags Brandenburg 5. Wahlperiode sind. Der Landtag Brandenburg besteht aus den Abgeordneten, und diese Abgeordneten als Person sind Verfassungsorgan und haben mit ihrem Beschluss, ein Versprechen abgegeben, dessen Einhaltung kontrolliert und eingefordert wird.

Iris Schülzke
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Christoph Schulze
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Péter Vida
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe